

Ohne Kohle nix los

Steinkohle. Trotz der Energiewende ist Steinkohle, deren Verbrennung mit CO₂-Emissionen verbunden ist, weiterhin ein wichtiger Baustein für eine sichere Stromversorgung in Deutschland.

Die Kohle wird auch in Zukunft ihren Beitrag zur weltweiten Energieversorgung leisten – trotz der erneuerbaren Energien Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse. So werden nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur im Jahr 2040 Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle sowie kohlenstoffarme Quellen – also überwiegend die Erneuerbaren, aber auch Kernenergie

– zu gleichen Teilen die globale Energieversorgung schultern.

Fossile Brennstoffe werden schon deshalb relevant bleiben, weil ansonsten die zunehmende Nachfrage nach Strom in den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht bedient werden kann.

Welche Bedeutung die Kohle für den Energiemix dieser Länder hat, lässt sich gut am Beispiel Chinas

zeigen: Strom wird dort zu drei Vierteln aus Steinkohle erzeugt. Deshalb entfiel 2013 mehr als die Hälfte der weltweit verbrauchten 6,9 Milliarden Tonnen Steinkohle auf das Reich der Mitte.

Weitere große Steinkohleverbraucher sind die USA und Indien mit einem Anteil am globalen Verbrauch von jeweils 11 Prozent. Deutschland belegt mit knapp 1 Prozent lediglich Rang zwölf – allerdings hat der Appetit auf Steinkohle auch hierzulande zugenommen:

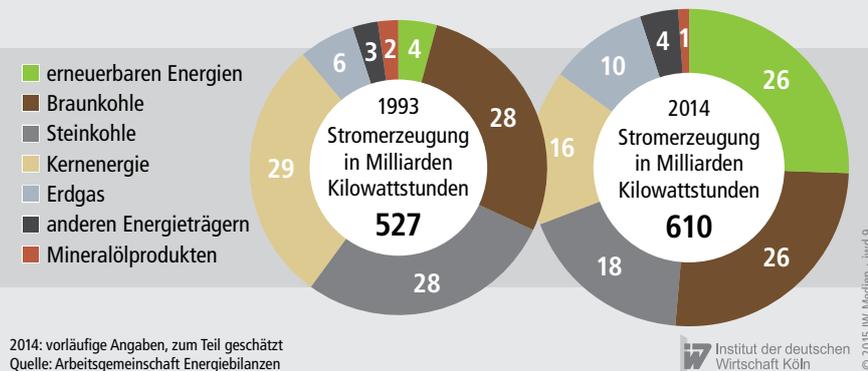
In Deutschland wurden 2013 rund 61 Millionen Tonnen Steinkohle verbraucht – 4 Prozent mehr als im Jahr davor.

Dieses Plus ist vor allem auf den höheren Einsatz von Kohle bei der Strom- und Wärmeerzeugung zurückzuführen. So gingen zuletzt gut zwei Drittel der Steinkohle in die Kraftwerke, weitere 29 Prozent in die Eisen- und Stahlhütten und 3 Prozent in den Wärmemarkt.

Laut Umweltbundesamt laufen in Deutschland derzeit 70 Steinkohlekraftwerke ab 100 Megawatt. →

Stromerzeugung: Der Beitrag der Kohle

So viel Prozent des Stroms wurden in Deutschland mit ... erzeugt



Inhalt

Deflation. Die Preise werden nicht ewig fallen: Viele Wirtschaftsforscher rechnen bereits 2016 mit einer Inflationsrate von mindestens 1 Prozent.
Seite 3

Arbeitsmarkt. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen rapide gesunken – vor allem in Bayern und Thüringen.
Seite 4-5

Erbschaftssteuer. Wegen des niedrigen Zinsniveaus müssen viele Firmenerben deutlich mehr Erbschaftssteuern zahlen als noch vor ein paar Jahren.
Seite 6

Betriebsräte. Fast 90 Prozent der Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern verfügen über einen Betriebsrat.
Seite 7

Standortpolitik. Mit schnellem Internet, guten Bildungsangeboten und einer effizienten Verwaltung können Kommunen bei Unternehmen punkten.
Seite 8

→ Ihre elektrische Bruttoleistung von insgesamt rund 28 Gigawatt entspricht in etwa der Leistung von 22 größeren Kernkraftwerken. Mit einem Anteil an der Stromerzeugung von knapp einem Fünftel ist die Steinkohle der dritt wichtigste Energieträger (Grafik Seite 1).

Ein Grund für die nach wie vor große Bedeutung der Kohle ist der Ausstieg aus der Kernenergie – deren Anteil ist von 27 Prozent im Jahr 2003 auf heute 16 Prozent gefallen. Die erneuerbaren Energien konnten diesen Verlust zwar rechnerisch mehr als ausgleichen. Sonne, Wind und Biomasse liefern inzwischen gut ein Viertel des hiesigen Stroms. Son-

nen- und Windenergie sind aber nicht kontinuierlich verfügbar.

Dass aktuell eher Steinkohle statt Erdgas für die Stromerzeugung eingesetzt wird, liegt unter anderem an den günstigen Kohlepreisen und dem niedrigen Kurs für CO₂-Emissionsrechte.

Traditionell ist Steinkohle in Deutschland dort gefördert worden, wo sie auch verbraucht wurde. Dies ist heute nur noch selten der Fall. Im Jahr 2013 stammten nur 13 Prozent der im Inland verbrauchten Steinkohle aus heimischen Bergwerken. Denn seit Jahrzehnten wird die Eigenförderung sukzessive verringert. Deckten die deutschen Steinkohle-

bergwerke 1993 noch vier Fünftel des inländischen Bedarfs, hatte sich dieser Anteil zehn Jahre später bereits halbiert.

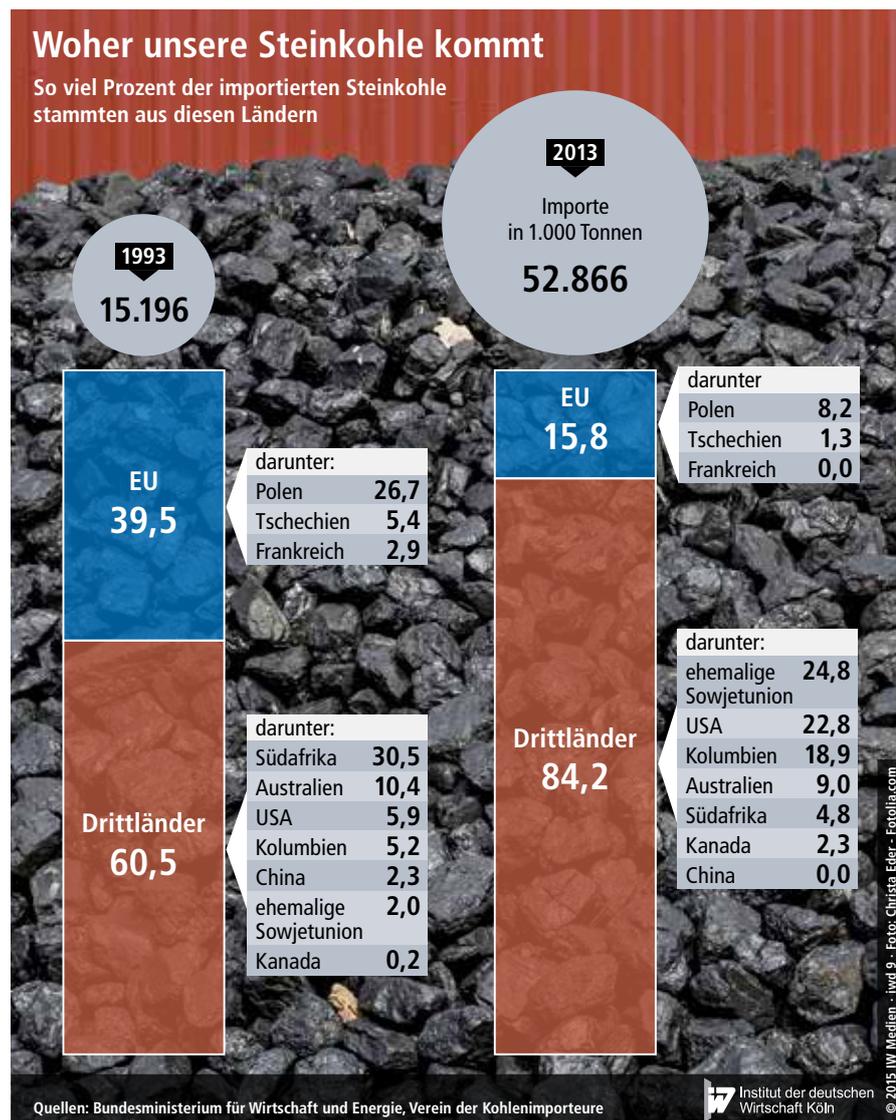
Der Grund dafür ist simpel: Steinkohle wird in Deutschland im teuren Untertagebau gefördert und kann deshalb nicht zu international wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden. Sie wird deshalb zunehmend durch billigere, zum Teil über Tage gewonnene Importkohle ersetzt.

Nach Schätzungen des Vereins der Kohlenimporteure beliefen sich die durchschnittlichen Produktionskosten für heimische Steinkohle zuletzt auf 180 Euro pro Tonne Steinkohleinheit – importierte Kraftwerkskohle kostet dagegen durchschnittlich nur 79 Euro.

Der heimische Steinkohlebergbau wird noch bis Ende 2018 mit öffentlichen Mitteln gefördert. Danach ist Schicht im Schacht und die Steinkohle kommt komplett aus dem Ausland.

Diese Entwicklung hat sich schon lange abgezeichnet. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sich die Steinkohleimporte mehr als verdreifacht. Inzwischen ist Deutschland von zuverlässigen Steinkohleeinfuhren abhängig und setzt auf eine diversifizierte Beschaffungsstrategie. Russland und die USA sind innerhalb von zehn Jahren zu den wichtigsten Kohlelieferanten Deutschlands geworden (Grafik). Gemeinsam mit Kolumbien liefern sie heute zwei Drittel der von Deutschland importierten Steinkohle. Polen etwa hat dagegen an Bedeutung verloren.

Die ausländische Steinkohle erreicht Deutschland überwiegend auf dem Seeweg – 30 Prozent über eigene Häfen und 50 Prozent über die wichtigen Importhäfen Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen. Der Rest kommt per Eisenbahn.



Trendwende in Sicht

Deflation. Seit fast zwei Jahren sinken die Preise in der Eurozone und die Inflationsrate entfernt sich immer weiter von jenen rund 2 Prozent, die die Europäische Zentralbank anstrebt. Volkswirte erwarten allerdings, dass die Preise ab nächstem Jahr anziehen.

Sinkende Preise sind nicht grundsätzlich ein Problem. Dass zum Beispiel Computer und Smartphones immer günstiger werden, ist schlichtweg das Ergebnis von Marktwirtschaft, sprich Konkurrenz – und freut die Verbraucher. Auch die sinkenden Preise in den europäischen Krisenstaaten sind gut und gewollt, denn sie resultieren aus Strukturformen, mit denen sich diese Länder wettbewerbsfähiger machen.

Zum Problem werden sinkende Preise erst, wenn sie flächendeckend auftreten und – weil alle weiter sinkende Preise erwarten und ihre Anschaffungen aufschieben – eine Abwärtsspirale in Gang setzen.

Dass so ein Deflationsszenario durchaus real ist, zeigt eine Statistik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Währungshüter befragen regelmäßig Wirtschaftsforscher und Prognostiker zu deren Inflationserwartungen (Grafik):

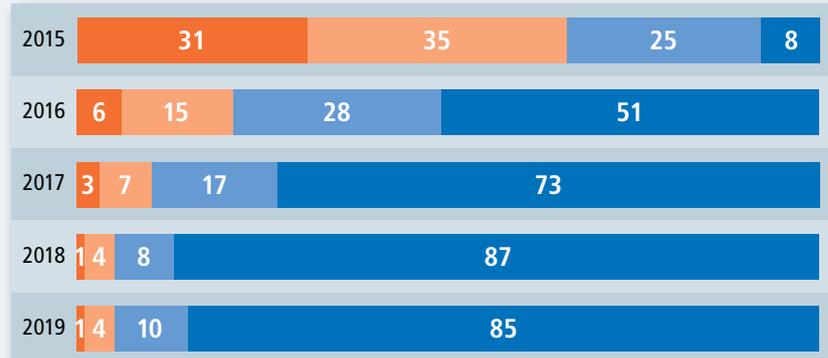
Für das Jahr 2015 sagen immerhin 31 Prozent der Wirtschaftsforscher weiter sinkende Preise voraus. Im vergangenen Jahr war nur 1 Prozent dieser Meinung.

Zwar hat es in der Geschichte des Euro noch nie so ausgeprägte Deflationserwartungen gegeben, allerdings vertrauen die Volkswirte offenbar auch darauf, dass die EZB ihr selbst gestecktes Inflationsziel von

Experten erwarten steigende Preise

Die EZB befragt regelmäßig Wirtschaftsforscher zu deren Inflationserwartungen. Laut der Umfrage im Oktober 2014 erwarteten so viel Prozent dieser Experten, dass die Inflationsraten in den kommenden Jahren in folgenden Bereichen liegen werden.

■ Unter 0 Prozent
 ■ 0 bis unter 0,5 Prozent
 ■ 0,5 bis unter 1 Prozent
 ■ 1 Prozent und mehr



Quelle: Survey of Professional Forecasters der Europäischen Zentralbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 9

unter, aber nahe 2 Prozent schon bald wieder erreicht:

Rund die Hälfte der Experten rechnet damit, dass die Inflationsrate im Jahr 2016 mindestens 1 Prozent beträgt – für die drei Folgejahre erwarten das sogar 70 bis 90 Prozent.

Ein Grund für die erwartete Trendwende ist vermutlich die expansive Geldpolitik. Schon im Laufe des Jahres 2014 hatte die EZB unter anderem den Leitzins noch einmal gesenkt. Im Januar dieses Jahres legten die Notenbanker nach und kündigten an, die EZB werde von März 2015 bis September 2016 jeden Monat Anleihen im Wert von 60 Milliarden Euro aufkaufen.

Diese Strategie hat durchaus Nachteile. Zum einen sinken die ohnehin niedrigen Zinsen noch weiter – Sparer stehen also auf der Verliererseite, denn sie bekommen ihr Geld praktisch gar nicht mehr verzinst. Zum anderen mögen die EZB-Käufe die Politiker der Krisenländer dazu verführen, eine Reform-

pause einzulegen, schließlich scheint die EZB ja noch genügend finanzielle Schlagkraft zu haben, um im Notfall einzuspringen.

Handeln mussten die Währungshüter trotzdem, denn ohne ihre expansive Geldpolitik wäre eine Deflationsspirale wohl immer wahrscheinlicher geworden. Schon in den beiden vergangenen Monaten sind die Lebenshaltungskosten im Euroraum erstmals seit fünf Jahren zurückgegangen.

Um Sparer – aber auch Versicherungen, Stiftungen oder Sparkassen – mit den Niedrigzinsen nicht noch weiter zu belasten, muss die EZB dennoch möglichst bald ihren geldpolitischen Kurs ändern. Dies kann sie aber nur, wenn sich die Wirtschaft in den Euroländern erholt – doch dafür müssen die einzelnen Länder schon selbst sorgen, sprich die notwendigen Reformen umsetzen.

Vgl. IW policy paper 6/2015 unter: iwkoeln.de/deflation

Der Arbeitsmarkt in

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren rapide gesunken: von knapp fünf Millionen im Jahr 2005 auf weniger als drei Millionen Erwerbslose. Diese Entwicklung verlief allerdings alles andere als gleichmäßig – besonders stark sank die Arbeitslosigkeit im Osten. Im thüringischen Kyffhäuserkreis etwa betrug die Arbeitslosenquote vor einer Dekade fast

25 Prozent und war damit deutschlandweit die höchste, heute sind in dieser Region nur noch 11 Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Obwohl der Osten Deutschlands beim Abbau der Arbeitslosigkeit enorme Fortschritte erzielen konnte, hat sich dies nicht in gleichem Maß auf die Beschäftigung ausgewirkt: Die hat sich seit 2005 unterdurchschnittlich entwickelt,

was vor allem am demografischen Wandel liegt. Seit der Wiedervereinigung gehen die Geburtenzahlen in Ostdeutschland zurück, außerdem gab es große Abwanderungsbewegungen gen Westen.

Ältere Arbeitssuchende konnten dagegen von der demografischen Entwicklung profitieren. Zwischen 2005 und 2013 ist die Zahl der 55- bis 65-Jährigen in

Arbeitslosenquote

in Prozent

Die 10 deutschen Städte und Landkreise mit der ...

... niedrigsten Arbeitslosenquote im Jahr 2014			Eichstätt
Eichstätt, Landkreis	Bayern	■ 1,4	
Erding, Landkreis	Bayern	■ 2,1	
Pfaffenhofen an der Ilm, Landkreis	Bayern	■ 2,1	
Donau-Ries, Landkreis	Bayern	■ 2,1	
Neuburg-Schrobenhausen, Landkreis	Bayern	■ 2,2	
Neumarkt in der Oberpfalz, Landkreis	Bayern	■ 2,2	
Unterallgäu, Landkreis	Bayern	■ 2,2	
Erlangen-Höchstadt, Landkreis	Bayern	■ 2,3	
Dachau, Landkreis	Bayern	■ 2,4	
Ebersberg, Landkreis	Bayern	■ 2,4	

... höchsten Arbeitslosenquote im Jahr 2014			Uckermark
Duisburg, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen	■ 13,1	
Pirmasens, Kreisfreie Stadt	Rheinland-Pfalz	■ 13,1	
Frankfurt (Oder), Kreisfreie Stadt	Brandenburg	■ 13,1	
Mecklenburgische Seenplatte, Landkreis	Mecklenburg-Vorpommern	■ 13,2	
Herne, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen	■ 13,4	
Vorpommern-Greifswald, Landkreis	Mecklenburg-Vorpommern	■ 13,6	
Mansfeld-Südharz, Landkreis	Sachsen-Anhalt	■ 13,8	
Bremerhaven, Freie Hansestadt	Bremen	■ 14,7	
Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen	■ 14,7	
Uckermark, Landkreis	Brandenburg	■ 15,4	

Deutschland insgesamt		■ 6,7
------------------------------	--	-------

Arbeitslosenzahlen

Veränderung in Prozent

Die 10 Städte und Landkreise, in denen die Arbeitslosigkeit zwischen 2005 und 2014 ...

... am stärksten gesunken ist	
Sonneberg, Landkreis	Thüringen
Eichsfeld, Landkreis	Thüringen
Rhön-Grabfeld, Landkreis	Bayern
Hildburghausen, Landkreis	Thüringen
Neumarkt in der Oberpfalz, Landkreis	Bayern
Amberg-Weilburg, Landkreis	Bayern
Weimarer Land, Landkreis	Thüringen
Eichstätt, Landkreis	Bayern
Leipzig, Landkreis	Sachsen
Zwickau, Landkreis	Sachsen

... am wenigsten gesunken ist	
Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt	Hessen
Trier-Saarburg, Landkreis	Rheinland-Pfalz
Recklinghausen, Landkreis	Nordrhein-Westfalen
Viersen, Landkreis	Nordrhein-Westfalen
Rhein-Sieg-Kreis	Nordrhein-Westfalen
Oberhausen, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen
Bonn, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen
Krefeld, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen
Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt	Rheinland-Pfalz
Solingen, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen

Deutschland insgesamt	
------------------------------	--

Deutschland

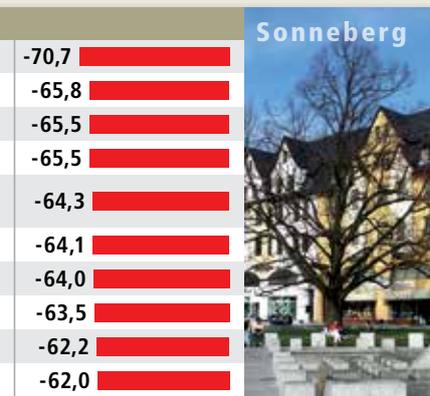
Deutschland um gut 13 Prozent beziehungsweise um 1,25 Millionen Personen gewachsen. Deshalb ist die Zahl der Arbeitslosen innerhalb dieser Altersgruppe seit langem recht stabil. Mit 580.000 ist sie heute genauso hoch wie im Jahr 2005, und das, obwohl Änderungen beim Renteneintrittsalter und bei der Frühverrentung im vergangenen Jahrzehnt zu steigenden Beschäfti-

gungsquoten unter den älteren Arbeitnehmern geführt haben.

Ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung insgesamt zeigt, dass seit 2005 vor allem in den Flächenländern Bayern und Niedersachsen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stark gestiegen ist. Ein regelrechtes Beschäftigungswunder fand im Landkreis Erding statt, wo zwischen 2005 und 2014

fast 50 Prozent Beschäftigte hinzukamen – was in erster Linie auf das rasante Wachstum des Flughafens München sowie auf die boomende Landeshauptstadt zurückzuführen ist.

Interaktive Karten zur Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung aller untersuchten Städte und Landkreise finden Sie unter:
iwkoeln.de/arbeitsmarkt



Beschäftigung

Veränderung in Prozent

Die 10 deutschen Städte und Landkreise, in denen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2005 und 2014 am ...

... stärksten gestiegen ist

Erding, Landkreis	Bayern	48,4
Vechta, Landkreis	Niedersachsen	36,2
Aurich, Landkreis	Niedersachsen	35,9
Emsland, Landkreis	Niedersachsen	34,9
Eichstätt, Landkreis	Bayern	34,6
Dachau, Landkreis	Bayern	34,0
Grafschaft Bentheim, Landkreis	Niedersachsen	33,6
Pfaffenhofen an der Ilm, Landkreis	Bayern	33,0
Leer, Landkreis	Niedersachsen	32,0
Havelland, Landkreis	Brandenburg	31,6

... am wenigsten gestiegen ist

Leverkusen, Kreisfreie Stadt	Nordrhein-Westfalen	2,5
Gera, Kreisfreie Stadt	Thüringen	2,1
Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt	Hessen	2,0
Halle (Saale), Kreisfreie Stadt	Sachsen-Anhalt	2,0
Frankfurt (Oder), Kreisfreie Stadt	Brandenburg	2,0
Osterode am Harz, Landkreis	Niedersachsen	1,6
Kronach, Landkreis	Bayern	-1,0
Groß-Gerau, Landkreis	Hessen	-2,1
Cottbus, Kreisfreie Stadt	Brandenburg	-2,6
Suhl, Kreisfreie Stadt	Thüringen	-7,6

Deutschland insgesamt 15,2



Firmen in der Niedrigzinsfalle

Erbschaftssteuer. Das Steuerrecht will es so: Die stark gesunkenen Zinsen führen dazu, dass Familienunternehmen – bei konstanten Gewinnen – immer höher bewertet werden. Dadurch kann die Erbschaftsteuerlast kräftig steigen. Dies muss die Politik beachten, wenn sie die Regelungen zur Erbschaftssteuer überarbeitet.

Bis Mitte kommenden Jahres muss der Gesetzgeber das Erbschaftssteuerrecht reformieren (vgl. iwD 1/2015). Im Blickpunkt stehen dabei jene Vorschriften, die dafür sorgen, dass Betriebsvermögen unter bestimmten Voraussetzungen von der Erbschaftssteuer verschont bleibt. Die Bundesregierung sollte bei der Neugestaltung der Erbschaftssteuer aber auch ein ganz spezielles Problem berücksichtigen – und das hängt mit einem Thema

zusammen, das die meisten wohl kaum mit der Erbschaftssteuer in Verbindung bringen würden: der Finanz- und Staatsschuldenkrise.

Im Kern geht es vor allem um die Zinsen. Um das zu verstehen, muss man tief in die Paragraphen eintauchen und sich anschauen, wie die Erbschaftssteuer für nicht börsennotierte Firmen berechnet wird. Sofern für einen Betrieb die Verschonungsregelungen nicht greifen und die Freibeträge der Erben bereits für andere Vermögen in Anspruch genommen wurden, ist die Basis für die Erbschaftssteuer ein fiktiver Unternehmenswert, der aus den zuletzt erzielten Erträgen ermittelt wird (vgl. Erläuterungen zur Grafik).

Der Grundgedanke dabei ist folgender: Wie viel Geld müsste ein Investor am Kapitalmarkt anlegen, um dieselben Erträge wie das Unter-

nehmen zu erzielen? Hier kommen nun die Zinsen ins Spiel – und damit die Finanzmarktkrise. Denn um die Krise zu bekämpfen, hat die Europäische Zentralbank in den vergangenen Jahren das Zinsniveau kräftig gesenkt. Wenn aber die Zinsen fallen, muss ein Anleger mehr Geld investieren, um am Ende denselben Ertrag zu erzielen wie früher.

Entsprechend gilt bei der Berechnung der Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen: je niedriger das Zinsniveau, desto höher ist – bei konstantem Unternehmensgewinn – der ermittelte Firmenwert und damit die zu entrichtende Steuer. Ein Beispiel (Grafik):

Für ein Unternehmen, das in den vorangegangenen drei Jahren jeweils 500.000 Euro Gewinn erzielte, hätte der Erbe 2008 gut 1 Million Euro Erbschaftssteuer abführen müssen – und 2015 mehr als 2 Millionen Euro.

Dabei spielt auch der progressive Steuertarif eine Rolle. Denn mit dem – nur auf dem Papier – gestiegenen Unternehmenswert erhöht sich auch der Steuersatz, im genannten Beispiel von 19 Prozent im Jahr 2008 auf aktuell 23 Prozent. Ist der rechnerische Unternehmenswert noch höher, werden selbst in der günstigsten Steuerklasse (I) 30 Prozent fällig.

Daraus folgt: Wenn die Bundesregierung an dem Berechnungsverfahren nichts ändern will, sollte sie auf jeden Fall dafür sorgen, dass die Verschonung von Betriebsvermögen auch künftig der Regelfall bleibt. Denn sonst könnte bei anhaltend niedrigen Zinsen die Erbschaftssteuer manchen Betrieben an die Substanz gehen.

Unternehmen: Zinsen sinken, Erbschaftssteuer steigt

Die Berechnung der Erbschaftssteuer für nicht börsennotierte Unternehmen knüpft an den Unternehmenswert an. Er wird ermittelt, indem der durchschnittliche Gewinn der drei dem Erbfall vorangegangenen Jahre mit dem sogenannten Kapitalisierungsfaktor multipliziert wird. Dieser Faktor wird als Kehrwert aus dem Kapitalisierungszins ermittelt. Er setzt sich zusammen aus dem Basiszins, der jährlich von der Bundesbank anhand des Renditeniveaus öffentlicher Anleihen festgelegt wird, und einem Zuschlag, der das Unternehmensrisiko widerspiegelt. Der Steuersatz steigt in sieben Stufen mit dem Unternehmenswert an.

	2008	2015
Basiszins in Prozent	4,58	0,99
Zuschlag in Prozent	4,50	4,50
Kapitalisierungszins in Prozent	9,08	5,49
Kapitalisierungsfaktor (1/Kapitalisierungszins)	11,01	18,21
Durchschnittlicher Unternehmensgewinn der drei Jahre vor dem Erbfall in Euro	500.000	500.000
Unternehmenswert in Euro (Gewinn x Kapitalisierungsfaktor)	5.506.608	9.107.468
Steuersatz in Prozent	19	23
Erbschaftssteuer in Euro	1.046.256	2.094.718

Rundungsdifferenzen; Annahmen: keine steuerliche Verschonung von Betriebsvermögen, persönliche Freibeträge bereits für andere Vermögen genutzt; Quelle: IW-Berechnungen

Fast 100 Jahre Mitbestimmung

Betriebsräte. In Deutschland werden die Arbeitnehmerinteressen von zwei Institutionen vertreten: Gewerkschaften handeln Tarifverträge aus, Betriebsräte reden bei vielen innerbetrieblichen Fragen mit.

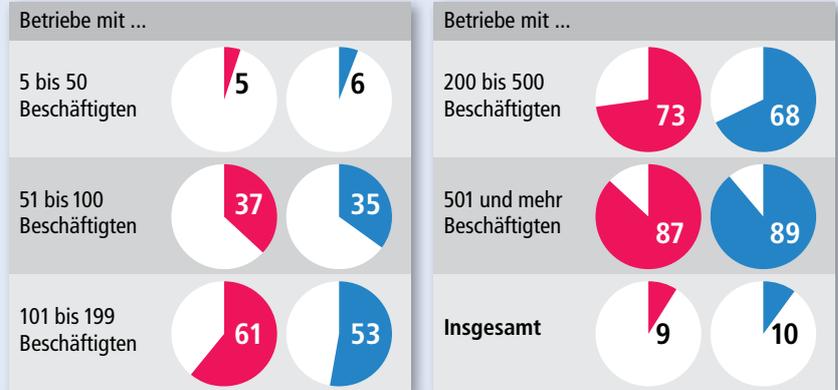
Das Gesetz räumt allen Arbeitnehmern in Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern das Recht ein, einen Betriebsrat zu wählen. Ein Blick auf die Verbreitung von Betriebsräten zeigt, dass nur in einer Minderheit der Betriebe davon Gebrauch gemacht wird: In Westdeutschland sind es 9 Prozent, in Ostdeutschland 10 Prozent. Entscheidend ist aber in der Regel die Betriebsgröße (Grafik):

Von den Betrieben mit maximal 50 Beschäftigten haben nur 5 bis 6 Prozent einen Betriebsrat. In Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten sind es schon um die 70 Prozent, in noch größeren Unternehmen sogar annähernd 90 Prozent.

Die Beteiligungsrechte eines Betriebsrats beschränken sich auf den Arbeitsplatz und den Betrieb. Sie reichen von reinen Informationsansprüchen über Anhörungs- und Mitwirkungsrechte bis hin zu echten Mitbestimmungsmöglichkeiten. So muss der Arbeitgeber den Betriebsrat bei Fragen der Personalplanung

Betriebsräte in kleinen Firmen eher selten

So viel Prozent der Betriebe haben einen Betriebsrat ■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland



Stand: 2013; Ursprungsdaten: IAB-Betriebspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 9

ebenso rechtzeitig und umfassend unterrichten wie bei technischen und organisatorischen Maßnahmen oder bei personellen Einzelmaßnahmen wie Einstellungen, Ein- und Umgruppierungen sowie Versetzungen.

Der Betriebsrat hat das Recht, seine Zustimmung zu personellen Einzelmaßnahmen zu verweigern. Will ein Arbeitgeber trotzdem wie geplant handeln, muss er die fehlende Zustimmung des Betriebsrats beim zuständigen Arbeitsgericht erwirken.

Dieses Mitwirkungsrecht erstreckt sich allerdings nicht auf Kündigungen – hier muss der Betriebsrat vorher lediglich angehört werden. Er kann einer Kündigung zwar widersprechen, der Arbeitgeber darf aber

trotzdem kündigen. Das Gesetz sieht allerdings vor, dass Arbeitgeber und Betriebsrat bei Uneinigkeit eine Einigungsstelle anrufen. In ihr sind Betriebsräte und Arbeitgeber gleich stark vertreten, es gibt aber einen unparteiischen Vorsitzenden – meistens einen Arbeitsrichter.

Eine echte Mitbestimmung besteht in sozialen Angelegenheiten wie der Arbeitszeitregelung, der Einführung von neuen Entlohnungsgrundsätzen oder Fragen der Betriebsordnung, die etwa die Telefon- und Internetnutzung für private Zwecke regelt. Auch bei Betriebsänderungen redet der Betriebsrat mit.

Betriebsrat und Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammenzuarbeiten. Die Erfahrungen zeigen, dass die gesetzlich eingeräumten Mitspracherechte die Anpassungsfähigkeit des Betriebs zwar beeinträchtigen können. Sie können aber auch effizienzsteigernd wirken, vor allem dort, wo Arbeitnehmer viel in betriebspezifisches Wissen investiert haben.

Mitbestimmung in Deutschland

Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland blickt auf eine fast 100-jährige Tradition zurück. Im Februar 1920 trat das Betriebsrätegesetz in Kraft. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden 1934 alle betrieblichen Aktivitäten verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Rechte und Pflichten des Betriebsrats im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Es trat 1952 in Kraft und wurde seitdem zweimal (1972 und 2001) reformiert.

Kommune der Zukunft

Standortpolitik. Kommunen haben viele Optionen, um ihren Standort für Firmen attraktiver zu gestalten. Im Fokus stehen der digitale Wandel und die Beseitigung des Fachkräfteengpasses.

Straßen, Fachkräfte, Kosten – dieser Dreiklang galt lange Zeit als die Kernaufgabe einer Kommune. Doch mittlerweile sind weitere Handlungsfelder in den Blickpunkt gerückt – je nach Spezialisierung des Standorts, wie eine Studie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult zeigt:

Attraktivität des Arbeitsorts. Digitalisierungstrends wie etwa die Industrie 4.0 – die umfassende Vernetzung von Maschinen und Anlagen – sind ohne ein leistungsfähiges Internet nicht möglich. In der Gemeinde Roggenburg beispielsweise wurden Anfang 2014 nach nur fünf Monaten Bauphase 400 Haushalte ans schnelle Internet angeschlossen.

Adressaufkleber



Interview +++ Interview +++ Interview +++ Int

Hanno Kempermann,
Leiter des Münchner IW-Büros und Autor der Studie
„Wirtschaftsfreundliche Kommune 2020“ (Download unter: iwconsult.de)

Wie sieht die ideale Kommune 2020 aus?

Sie sollte sowohl nah am Bürger als auch am Unternehmen sein und „das Ohr auf die Straße legen“, um zu hören, welche Nöte und Sorgen es vor Ort gibt. Auf dem Land sollte mancherorts noch die Infrastruktur weiter ausgebaut werden, um ein attraktives Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen – wie schnelles Internet, aber auch gut erreichbare Schulen und Krankenhäuser. Insgesamt müssen die Kommunen schlanker und effizienter in ihrer Verwaltung werden und das Kirchturmdenken ablegen. Wer mit benachbarten Kommunen zusammenarbeitet, kann leichter Projekte anbieten und sich so für Unternehmen attraktiver machen – etwa in den Bereichen Fachkräfteengpässe, Digitalisierung, Bildung und Betreuung.

Welche Kommune kommt diesem Ideal zurzeit am nächsten?

Es gibt viele Kommunen, die auf einem guten Weg sind – vor allem in Niedersachsen und Bayern. Ein Beispiel ist Braunschweig: Die Stadt bietet Netzwerke zum Wissenstransfer, hält die Gewerbesteuer auf einem angemessenen Niveau, unterstützt Gründungen und integriert ausländische Fachkräfte durch Projekte in die Gesellschaft.

In welchen Bereichen sollten Bund und Länder die Kommunen auf dem Weg zu wirtschaftsfreundlicheren Standorten noch mehr unterstützen?

Wünschenswert wäre es, wenn Bund und Länder bei Genehmigungsverfahren wie der Neuan siedlung von Unternehmen und der Breitbandversorgung noch enger zusammenarbeiten und so wettbewerbsfähige Bedingungen für Firmen schaffen würden. Ein konstruktives Miteinander – das fängt bei der Bildung an, umfasst die Digitalisierung und reicht bis hin zur Infrastruktur wie dem Bau von Brücken.

Möglich gemacht hat dies das baye-rische Breitbandförderprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Neben zukunftsfähigen Datenauto-bahnen muss aber auch die Ver-kehrsinfrastruktur hochwertig sein.

Attraktivität des Wohnorts. Fir-men finden umso leichter Mitarbei-ter, je attraktiver das Wohnumfeld ist. Gerade in Zeiten von Fachkräfte-engpässen und demografischem Wandel sind Betriebe auf Kommu-nen angewiesen, die aktiv sind – etwa in der Talententwicklung von Ju-gendlichen. Mit der AzubiAkade-mie, Bildungspaten und einem Lern-stubenkonzept werden zum Beispiel

in Erlangen Jugendliche schon früh individuell gefördert.

Kommunale Governance. Die At-traktivität zu steigern ist das eine, sich als Kommune wirtschafts-freundlich und effizient aufzustellen das andere. Regensburg und Ingol-stadt etwa gehören zu den fünf wirt-schaftsfreundlichsten deutschen Städten (vgl. iwD 50/2014). In einer Befragung waren hier jeweils fast 95 Prozent der Firmen mit den Leistun-gen ihrer Kommune zufrieden – auch weil diese mehr Verwaltungs-leistungen elektronisch anbietet.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,
Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich
Aboservice: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.